

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verantwortlich und Herausgeber:
Friedrich Allranthaus
Verleger: Ernst Schöler, 1198 Berlin



Redaktion für Berlin und Umgebung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckverlag: Copeland

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund schriftlicher Genehmigung gestattet. Abnahme halbjährlich 4 Reichsmark, bei dem Abonnenten, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Jahre ist Berlin.

Berlin, den 14. Mai 1932.

Int. Institut
Soz. Geschichts
Amsterdam

Was wird in Frankreich ?

(Von unserem Sonderkorrespondenten)

SPD. Paris, Mitte Mai (Eig. Bericht)

Die Ermordung des französischen Staatspräsidenten zwei Tage vor der Stichwahl hat zwar den Wahlausgang kaum beeinflusst, aber sie hat dennoch eine verworrene Situation geschaffen, die die normale Weiterentwicklung der politischen und parlamentarischen Ereignisse nach der Wahl wesentlich erschwert. Allein die Tatsache, dass eine neue Präsidentenwahl noch unter Mitwirkung der alten Deputiertenkammer vor sich gehen musste, die dem Volkswillen in keiner Weise mehr entsprach, ist allgemein als ein Paradox empfunden worden. Es ist kaum anzunehmen, dass der Präsident des Senats Albert Lebrun gewählt worden wäre, wenn die neue Deputiertenkammer das Recht gehabt hätte, das neue Staatsoberhaupt zu bestimmen. Es mag zwar eine polemische Uebertreibung sein, wenn Léon Blum den neuen Präsidenten als den reaktionärsten bezeichnet, den Frankreich seit mehr als 30 Jahren gehabt habe. Aber sicher ist, dass ein Mann wie Lebrun seine Wahl nur den aussergewöhnlichen Verhältnissen verdankt, die die Ermordung Doumers gerade in dem Uebergangsstadium zwischen zwei Legislaturperioden geschaffen hatte.

Nun ist Lebruns Wahl merkwürdigerweise gerade durch die Haltung der Radikalen Fraktion des Senats ermöglicht worden, die einen starken Druck auf Painlevé ausübte, damit dieser seine bereits angekündigte Kandidatur als Exponent der Linken zurückziehe. Aus dieser Haltung der Radikalen Senatsfraktion sind sofort weitgehende Schlüsse dahin gezogen worden, dass die Radikalen eine künftige Koalition mit den Sozialisten gar nicht wünschten, sondern auf die Bildung einer sogenannten Konzentrationsregierung zusteuerten. Das ist wohl möglich und vor allem sind es die meisten sozialistischen Führer, die diese Auffassung teilen. Aber vielleicht haben mehr persönliche Erwägungen als weitgehende politische Absichten die Haltung der Radikalen in Versailles bestimmt. Es wird z.B. gemunkelt, dass einige radikale Senatoren die Beförderung Lebruns deshalb wünschten, weil dadurch sein Platz als Präsident des Senats frei würde auf den der bisherige Vorsitzende des Hauptausschusses des Senats, Jeanneney, reflektierte, der selber durch Caillaux ersetzt werden soll.

Immerhin ist es nicht zu leugnen, dass innerhalb der Radikalen Partei starke Kräfte am Werke sind, die einer Koalition mit den Sozialisten abgeneigt sind. Das gilt wahrscheinlich für Herriot, sicher auch für Chautemps. Sogar Sozialisten, die auf dem rechten Flügel der Partei stehen, geben zu, dass die Aussichten für ein Zusammenwirken mit den Radikalen nicht günstig sind, weil eben die grosse Mehrheit der Radikalen eine Konzentrationsregierung bevorzugen würde.

Demgegenüber steht freilich der klare Wille der französischen Wähler, die bewiesen haben, dass sie einen sichtbaren Kurswechsel wünschen und die es daher kaum begreifen würden, wenn das Ergebnis dieser Linkswahlen die Bildung

einer Regierung mit der Tardieu-Gruppe und gegen die Sozialisten wäre. Ausserdem ist zumindest eine Minderheit unter den radikalen Abgeordneten vorhanden, die eine Versöhnung mit der Partei Tardieus als einen Verrat an dem eigenen Parteiprogramm und an den Wählern empfinden und sie daher nicht mitmachen würde. Ueber die Stärke dieser Minderheit gehen die Meinungen sehr auseinander. Pessimisten meinen, sie beschränke sich letztes Endes auf die Namen Pierre Cot und Bergery, andere wiederum weisen darauf hin, dass nicht weniger als 45 weisse Stimmzettel in Versailles abgegeben wurden, die zweifellos von solchen Radikalen stammten, die Lebrun nicht wählen wollten; wahrscheinlich ist diese Zahl unter den inzwischen neugewählten Abgeordneten erheblich grösser. Blum hat jedenfalls zweifellos recht, wenn er die Radikalen davor warnt, auf eine sozialistische Spaltung zu spekulieren, und wenn er andeutet, dass eher noch die Radikalen selbst durch die Bildung einer Konzentrationsregierung die Gefahr einer Spaltung laufen.

Offensichtlich geht das Spiel der Radikalen dahin, die Sozialisten für das etwaige Scheitern einer Linkskoalition verantwortlich zu machen. Das wird ihnen kaum gelingen. Denn abgesehen davon, dass von einer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die Koalitionspolitik innerhalb der Sozialistischen Partei kaum mehr die Rede ist, lässt sich auch nicht behaupten, dass die von Léon Blum in seiner Rede von Narbonne während des Wahlkampfes formulierten Bedingungen - Verstaatlichung der Eisenbahnen und der Versicherungsgesellschaften, sowie Ausbau des sozialen Versicherungswesens - für die Radikalen unannehmbar seien. Denn Blum hat vorsichtshalber nur solche Bedingungen formuliert, die wörtlich dem Parteiprogramm der Radikalen entnommen waren. Ihre Ablehnung durch Herriot und seine Freunde würde eine Selbstentlarvung bedeuten.

Die Wahrheit ist, dass die Radikalen fürchten, dass im Falle der Bildung einer reinen Linksregierung, die zahlenmässig nicht nur leicht möglich, sondern sogar die gegebene Lösung wäre, die Grossbanken und die Grossindustrie vor keinem Mittel zurückschrecken würden, um diese Regierung zu diskreditieren und zu Fall zu bringen. Das französische Finanzkapital ist tatsächlich imstande, die zynische Drohung Tardieus, wonach das Linkskartell die Zerstörung der französischen Währung bedeuten würde, durch Börsenmanöver und durch eine künstliche Inflationspanik wahrzumachen. Die bisherige Regierung hat eine furchtbare finanzielle Erbschaft hinterlassen, insbesondere einen Fehlbetrag im Etat von mehr als 1 Milliarde Franken. Es werden Sanierungsmassnahmen unpopulärster Art alsbald erforderlich sein. Die Sozialisten sind sich daher dessen bewusst, dass dieses erste Koalitionsexperiment schwere moralische Belastungen mit sich bringen würde, während die Radikalen bestrebt sind, wenigstens einen Teil der bisherigen Regierungsmehrheit mit der Verantwortung für die kommenden unpopulären Massnahmen zu belasten und die befürchteten Manöver des Finanzkapitals damit zu vermeiden.

So ist die Lage eine Woche nach den Wahlen noch sehr undurchsichtig und sie dürfte vor dem Ende des Monats, wo sowohl der sozialistische Parteitag als auch die Exekutive der Radikalen Partei zusammentreten, keine endgültige Klärung erfahren.

SPD. Elbing, 14. Mai (Eig. Drahtb.)

Im Rahmen der grossen Elbinger Pfingsttagung des Vereins für das Deutschland im Auslande fand am Sonnabend mittag die diesjährige Hauptversammlung statt. Als Hauptredner gab der bekannte Führer der deutschen Minderheit in Estland Dr. Hasselblatt-Reval einen Gesamtüberblick über die Lage der deutschen Volksgruppen in Europa.

Hasselblatt betonte zunächst, dass die in den letzten Jahren erfolgte verhängnisvolle Verschlechterung der Lage des Auslandsdeutschtums im wesentlichen durch die Weltwirtschaftskrise hervorgerufen sei. Die Steigerung na-

nationalistischer staatlicher Eingriffe in die Wirtschaftsverflochtenheit Europas durch Kontingentierungen, Lizenzsysteme usw. habe schwere Benachteiligungen für die auslandsdeutsche Wirtschaft hervorgerufen. Als Hauptursache der Verschlechterungen der allgemeinen Situation der Minderheiten bezeichnete der Referent das Umsichgreifen des Nationalismus. Durch eine neue nationalistische Welle würden in den meisten mitteleuropäischen Staaten die rechtlichen Fundamente des nationalen kulturellen Eigenlebens der Auslandsdeutschen völlig unterhöhlt. Im Zusammenhang hiermit geisselte Dr. Hasselblatt insbesondere die brutale Unterdrückungspolitik des Faschismus in Südtirol. Das System Mussolini verherrliche zwar in offiziellen Auslassungen die Sprache Goethes, im annektierten Gebiet südlich des Brenner aber werde dieselbe Sprache von den faschistischen Regierungsstellen systematisch unterdrückt.

Am Schluss der Tagung wurde eine Entschliessung angenommen, die sich u.a. gegen die sogenannte Assimilationstheorie, gegen das angebliche Recht des Staates auf zwangsweise Entnationalisierung fremdsprachiger Volksgruppen, ausspricht. Ferner wird in der Entschliessung mit aller Deutlichkeit festgestellt, dass die nationalistische Unterdrückung der Minderheiten zwangsläufig zu einer weiteren folgenschweren Verschlechterung der Beziehungen zwischen Staaten und Völkern in Europa führen müsse.

Die vorstehend angedeuteten Gesichtspunkte für eine ruhige Beurteilung der gegenwärtigen aussenpolitischen Gegebenheiten stehen mit den ebenfalls auf nachdrücklichen Minderheitenschutz gerichteten Forderungen der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung in keiner Weise in Widerspruch. Trotzdem glauben wir feststellen zu sollen, dass der Verein für das Deutschtum im Auslande in den sozialdemokratischen Arbeitermassen nur dann auf Interesse hoffen kann, wenn in seinen Reihen jede herausfordernde Aggressivität gegenüber anderen Völkern grundsätzlich unterbleibt.

SPD. Der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende des Strafrechtsausschusses des Reichstags Geheimrat Professor Dr. Kahl ist am Sonnabend im Alter von 83 Jahren gestorben.

Professor Kahl gehörte zu den Männern der bürgerlichen Welt, die bis weit in sozialistische Kreise hinein Ansehen genossen. Er hat vielen öffentlichen Fragen gegenüber eine sehr offene Haltung eingenommen. Vor 20 Jahren noch war er ein strenger Befürworter der Todesstrafe. Damals ist er eigens einmal zu einer Hinrichtung gegangen, um seine Gefühle zu prüfen. Er ist trotzdem nicht sofort zum Gegner der Todesstrafe geworden. Die Stimme des Volkes - so erklärte er - erfordere sie. In der entscheidenden Sitzung des Strafrechtsausschusses des Reichstags hat Kahl gegen die Todesstrafe gestimmt. Er hatte also in der Zwischenzeit doch eine Wandlung zum Besseren durchgemacht. Er hatte erkannt, dass Justizirrtümer möglich sind und dass sein früherer Begriff von der Stimme des Volkes doch zu einfach war. Ebenso hat sich auf anderen Gebieten, wie etwa dem des § 175 oder des § 218, im Laufe der letzten Jahrzehnte seine Auffassung gewandelt. Oft hat Kahl ausgesprochen, dass er mit der Sozialdemokratie bedeutend besser zusammenarbeiten könne als etwa mit den Deutschnationalen. Er hat immer starkes Interesse für die religiösen Sozialisten gezeigt und hat vor dem Kriege erreicht, dass das sogenannte Irrlehrengesetz in der Kirche angenommen wurde. Danach wurden Pfarrer, die den Kirchenglauben nicht mehr teilten, nicht vor ein Disziplinargericht gestellt wie Verbrecher, sondern ein Spruchkollegium, dem Kahl selbst angehörte, stellte fest, ob ihre Wirksamkeit noch mit der Kirche vereinbar sei. Kahl hat über-

haupt immer zu denen gehört, die ernsthaft an einer Versöhnung der guten Kräfte in Deutschland arbeiteten. Er wird besonders für die Neugestaltung des Strafrechts nur schwer zu ersetzen sein.

SPD. Paris, 14. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Alterspräsident der Kammer, Abgeordneter Thomson von der radikalen Linken, ist am Sonnabend-Vormittag im Alter von 84 Jahren in seiner Heimatstadt Oran (Algerien) an einer Tungenentzündung gestorben. Er gehörte von 1877 ununterbrochen der Kammer an und war von 1905 bis 1915 mehrere Male Minister. Zu Beginn seiner politischen Laufbahn war Thomson Mitarbeiter Gambettas und später Clemenceaus.

SPD. Der Nazi-Anwalt Frank II hat gegen das Urteil des Berliner Schnellgerichts, durch das der Nazi-Abgeordnete und Fememörder Heines nebst zwei Kumpanen zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt wurden, Berufung eingelegt.

SPD. Paris, 14. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Zahl der behördlicherseits unterstützten Arbeitslosen in Frankreich beträgt nach der am 7. Mai abgeschlossenen Statistik 276 125 (219 649 Männer und 56 476 Frauen) gegenüber 282 013 in der Vorwoche. Dieser Verringerung steht aber eine Erhöhung der Zahl der Arbeitslosen gegenüber, die bereits sechs Monate lang die offizielle Unterstützung bezogen haben und nur noch Anspruch auf Wohlfahrtsunterstützung haben. Ihre Zahl hat vom 2. bis 7. Mai von 17 753 auf 19 123 zugenommen.

Die Stadtverordnetenversammlung von Limoges hat einen neuen Kredit von einer Million Francs für Arbeitslosenunterstützungen bewilligt, obgleich sich auch dort die Zahl der Erwerbslosen etwas verringert hat. Demnächst soll eine Schuhfabrik, in der etwa 1000 Arbeiter beschäftigt werden können, wieder in Betrieb gesetzt werden.

SPD. Köln, 14. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Kölner Schöffengerichtssaal zeigte am Sonnabend-Morgen das Bild eines grossen Tages. Der Zuhörerraum ist dicht besetzt. Auf den Gängen drängen sich die Leute. Bald nach 9 Uhr beginnt im Saal die Verhandlung gegen den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Ley und gegen den Nationalsozialisten Fuchs, die sich wegen des Ueberfalls auf den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Reichstagsabgeordneten Otto Wels, und den Kölner Polizeipräsidenten Bauknecht, in der Nacht vom 22. zum 23. April im Hotel Deis in Köln zu verantworten haben. Es sind etwa 16 Zeugen geladen. Der als Zeuge geladene Redakteur Schwaebe vom "Westdeutschen Beobachter" fehlt. Wels und Polizeipräsident Bauknecht sind als Nebenkläger zugelassen.

Der Angeklagte Fuchs, der zunächst vernommen wird, will im Laufe der Auseinandersetzungen im Lokal von der Toilette an den Tisch zurückgekommen sein. Dabei habe er gesehen, wie Polizeipräsident Bauknecht am Kopf blutete, während die Kleidung von Wels in derangiertem Zustande gewesen sei. Bauknecht und Wels seien um Ley herumgestanden. Er, Fuchs, sei hinzugetreten, um Ley aus diesem Knäuel herauszuholen. Dann sagt der Angeklagte Fuchs wörtlich: "Damit schlug Dr. Ley mir die Hand weg, und die Hand traf unglücklicherweise Wels gegen die Brust." Fuchs behauptet ferner, Bauknecht sei stark betrunken

gewesen. Auf die Frage, wie er, Fuchs, ins Lokal gekommen sei, erklärte dieser, dass er die beiden Angestellten des "Westdeutschen Beobachter", Schwaäbe und Koster, auf der Strasse getroffen habe. Sie hätten ihm gesagt, er solle zum Hotel Deis kommen, wo Ley sei. Fuchs und sein Begleiter Ritter wollen dann auf der Strasse von drei Leuten mit dem Hitlergruss begrüsst worden sein. Obwohl sich die drei Leute nicht kannten, hätten sie diese mit uns Hotel Deis genommen.

Ley stellte sich ebenfalls unschuldig wie ein Kind. Er sei mit dem Verlagsleiter des "Westdeutschen Beobachter", Simon, im Hotel Deis 5 Minuten nach 12 Uhr nachts zusammengekommen. Hier seien bereits andere Nationalsozialisten anwesend gewesen. Man habe sich in gehobener Stimmung befunden. Hinten im Lokal, etwa acht Meter von dem Tisch der Nationalsozialisten entfernt, hätten an einem Tisch fünf Herren gesessen. Auf einmal sei an einem Tisch gefragt worden: "Sitzt da nicht Herr Wels?" Er habe die Frage bejaht. Hierauf schildert Dr. Ley den Vorgang, der sich gegen 2 Uhr abspielte, wie folgt: Gegen 2 Uhr erhob sich drüben der Tisch. Es wurde an unserem Tisch beim Zuprosten öfter "Heil Hitler" gerufen. Auf einmal stand Herr Wels hinter mir, machte eine Geste nach unserem Tisch und fragte: "Was wollt Ihr, gilt das mir?" Da sprang auch schon Bauknecht an uns heran und stiess einen unserer Parteigenossen. Dann entwickelte sich das ganze in so rascher Folge, dass es unmöglich war, die einzelnen Handlungen zu beobachten. Auf einmal sah ich, dass Bauknecht blutete. Wels war überhaupt verschwunden. Ich schrie: "Halt" und dann ist auch nichts mehr geschehen. Wels hat mir erklärt, dass ich ihn in keiner Weise angefasst habe. Verhaftet wurde ich erst auf der Polizeiwache. Hier bin ich in Gegenwart von Bauknecht geschlagen und misshandelt worden."

Der Nebenkläger Otto Wels sagt als Zeuge aus. Er spricht sehr angestrengt und heiser, eine Folge des Überfalls, an dem er heute noch stark leidet. Wels schildert den Vorgang in aller Ruhe. Das Gespräch an seinem Tisch sei sehr ruhig gewesen. Es sei ihm aufgefallen, dass er von Personen an einem Tisch in einiger Entfernung dauernd fixiert worden sei. "Als ich gegen $\frac{1}{2}$ 2 Uhr zur Toilette ging, sind hinter mir sofort Herr Simon, Herr Ley und ein anderer Nationalsozialist gekommen. Da auch Regierungsvizepräsident Bier mich begleitete ist hier noch nichts passiert. Als ich zurückkam, sah ich an dem Tisch, von dem aus ich fixiert wurde, eine grössere Zahl Menschen stehen, die wir vorher noch nicht gesehen hatten. Als ich um 2 Uhr aufbrach, um mein Zimmer im Hotel aufzusuchen, hat sich an dem Tisch, von dem aus ich fixiert wurde, der Zeuge Simon auf seinem Stuhl ostentativ herumgedreht, die Hand gegen mich hochgeschleudert und "Heil Hitler" gerufen. Darauf bin ich an den Tisch getreten und habe in aller Ruhe gefragt: "Wem gilt der Gruss, etwa mir?" Ich hörte rechts ein Geräusch, und bekam einen Schlag auf das rechte Auge. Es fielen sofort vier oder fünf Mann über mich her. Ich habe mich mit aller Gewalt aufrechterhalten und am Tische festgefasst. Im nächsten Augenblick habe ich dann einen Schlag vor den Kehlkopf bekommen, der mir beinahe die Besinnung raubte. Ich sah mich um und sah Bauknecht blutüberströmt dastehen. Im Augenblick waren zwei Beamte da, die dann das Weitere veranlasst haben. Erst bei der Gegenüberstellung auf der Polizeiwache am anderen Morgen habe ich Herrn Dr. Ley kennengelernt.

Wels bezeichnet den Angeklagten Fuchs, den er an seiner grossen Gestalt und an seinen blonden Haaren wiedererkennt, als den Täter, der den Schlag gegen den Kehlkopf geführt haben muss. Wels hat Fuchs auch schon bei der Vorführung auf der Polizeiwache als Täter bezeichnet. Wels betont dann noch, dass er als ruhiger und besonnener Mensch bekannt sei, dass er in seiner 20jährigen Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter einen einzigen Ordnungsruf bekommen habe, der jedoch wieder zurückgenommen worden sei. Er habe das Benehmen am Tisch der Nationalsozialisten als Provokation empfunden und es für seine Pflicht als Parteiführer gehalten, diese Provokation zurückzuweisen.

Polizeipräsident Bauknecht erklärt: Die Situation im Hotel Deis sei schon

von Anfang an etwas gespannt gewesen, weil der Nationalsozialist Simon dauernd unseren Tisch fixierte. Weiterhin hat man an dem Tisch der Nationalsozialisten dauernd "Heil Hitler" und noch gegen 1/2 Uhr auch "Prost Proleten" gerufen. Von einer Betrunkenheit bei ihm könne keine Rede sein. Wenn er nach dem Ueberfall einen benommenen Eindruck gemacht habe, so sei das selbstverständlich darauf zurückzuführen, dass man ihm mit einer vollen Weinflasche auf den Kopf geschlagen habe. Zu dem Ueberfall selbst bekundet Bauknecht, dass er die Absicht hatte, Auseinandersetzungen am Tisch der Nationalsozialisten mit dem Abgeordneten Wels zu schlichten. Hierbei habe er plötzlich einen Schlag ins rechte Auge bekommen und kurz darauf einen Schlag mit der vollen Weinflasche. Dabei sah Bauknecht, dass der Angeklagte Fuchs mit noch 2 oder 3 anderen zu entkommen suchte. Er habe darauf vom Kellner die Tür des Lokals schliessen lassen. Von einer Misshandlung Leys durch die Polizeibeamten habe er nichts gesehen. Ley sei völlig betrunken gewesen.

Die Vernehmung der Nazi-Zeugen ergibt die bekannten Bilder: Die Nazis wissen von nichts. Drei bei dem Vorfall am Tisch des Dr. Ley anwesende Nazis gelten als die grossen Unbekannten. Diese drei sind nach der Ausführung der Tat auf einem Motorrad mit Beiwagen vom "Westdeutschen Beobachter" geflohen. Den Angeklagten Fuchs musste die Polizei aus einem Versteck im Hotel Deis hervorholen.

Im übrigen streiten die Nazizeugen ab, dass eine Verabredung zu der Tat oder eine Bestellung der Leute zum Zwecke der Tat in das Hotel Deis durch Dr. Ley erfolgt sei. Ausserordentlich bezeichnend ist auch, dass sich der Hauptprovokateur und Hauptzeuge Simon, der Wels gegen den Kehlkopf schlug und damit das Signal zu dem Ueberfall gab, sich selbst als total betrunken bezeichnet und von den ganzen Vorgängen nichts mehr wissen will. Noch bezeichnender aber ist, dass der Femerechtsanwalt Dr. Sack-Berlin das zum Anlass nimmt, seine Klienten mit der Bemerkung in Schutz zu nehmen, man dürfe eine Gesellschaft nicht für den Exzess einer einzelnen Persönlichkeit verantwortlich machen.

Der Staatsanwalt beantragte wegen gemeinschaftlicher einfacher Körperverletzung unter erschwerenden Umständen gegen Dr. Ley vier Monate und gegen Fuchs acht Monate Gefängnis. Der sozialdemokratische Rechtsanwalt Dr. Wagner, der die Nebenkläger vertritt, schloss sich im grossen und ganzen dem Antrag des Anklagevertreters an, betonte aber, dass die intellektuellen Urheber der Tat, d.h. die moralisch Verantwortlichen der Tat, wenigstens die gleiche Strafe treffen müsse wie die Ausführenden. Der Vorfall habe die ganze deutsche organisierte Arbeiterschaft bis ins Innerste aufgerührt, und es sei nur der eisernen Disziplin zu danken, dass man auf das Vertrauen in die Gerichtsbarkeit baue, dass dieser Vorfall seine Sühne finde, die der Schwere des Falles entspricht.

SPD. Frankfurt/M., 14. Mai (Eig. Drahtb.)
Im "Frankfurter Generalanzeiger" finden wir in der Inseratenrubrik "Geschäfte" folgende kleine Chiffre-Anzeige: "Tageszeitung nationalsozialistischer Richtung, ausbaufähig, Setzmaschine, Rotations- und Schnellpressebetrieb erstklassiger Annoncen- und Inseratenstamm, konkurrenzlos, billig sofort zu verkaufen. Betriebsort Frankfurt/Main. Erforderliche Anzahlung RM 25 000.--. Offerten unter A.837 an die Expedition des "Frankfurter Generalanzeiger"."

Man nimmt allgemein an, dass es sich um das nationalsozialistische "Volksblatt" handelt. Wahrscheinlich zieht der Nazi-Schwindel nicht mehr. Oder welchen Grund sollte der Verkauf des Nazi-Blattes haben?

SPD. Genf, 14. Mai (Eig. Drahtb.)

In einem neuen dringenden Hilferuf an den Völkerbundsrat hat die österreichische Regierung den baldigen Zusammentritt des Finanzkomitees zur Schaffung einer sofortigen Finanzhilfe beantragt.

Der Antrag wird damit begründet, dass Österreich den grössten Teil der vom Finanzkomitee bereits für eine Hilfsaktion verlangten Finanz- und Wirtschaftsmassnahmen durchgeführt habe. Die Ermöglichung engerer Wirtschaftsbeziehungen mit den Donauländern erfordere aber noch eine Reihe von Monaten, während Österreichs Lage der Regierung nicht gestatte, noch solange zu warten. Sie werde sich daher in kürzester Frist an die Donaustaaten und alle anderen, die dazu geneigt seien, mit konkreten Vorschlägen für Handelsverhandlungen wenden und die grossen Mächte von deren Ergebnis unterrichten. Die finanzielle Lage der österreichischen Nationalbank habe sich trotz aller Anstrengungen leicht verschlechtert. Gegenüber einem Bestand von 884,2 Millionen Schilling Ende Januar 1932 sei der Bestand Ende April 1932 nur noch 863,1 Millionen Schilling gewesen. Der Diskont sei am 17. März auf 7 Prozent gesenkt worden, seitdem nicht weiter. Die Devisenlage der Bank erfordere neue Massnahmen. Österreich stehe vor der Alternative, entweder seine schon sehr verminderten Wechselreserven durch die seither geübte Zuteilung von Devisen zu erschöpfen oder ein neues Verfahren einzuschlagen. Die Einstellung der Devisenzuteilung für den Dienst der Auslandsschulden bedeute einen sehr schwerwiegenden Schritt mit vernichtenden Folgen für das finanzielle Ansehen Österreichs, wenn nicht die zuständigen Instanzen und besonders die des Völkerbundes ihn durch die realen Umstände für gerechtfertigt erklären würden. Werde dagegen die Devisenreserve in naher Zukunft erschöpft, so entspreche das bestimmt nicht den Erwartungen der Bank von England und der Bank für internationalen Zahlungsausgleich bei Begebung der Kredite, aus denen zum grössten Teil diese Reserven stammten. Ebenso sei dadurch eine Situation zu befürchten, in der die unerlässlichsten Einfuhren für die Bevölkerung sofort bedroht würden. Man dürfe nicht warten bis zum vollendeten Zusammenbruch. Das Finanzkomitee habe im März trotz der Weltkrise eine Empfehlung zur Hilfe für Österreich beschlossen. Da sich jetzt gezeigt habe, dass die Empfehlung von Krediten für Österreich in einer völlig ausreichenden Zeitspanne nicht zu einem praktischen Erfolg geführt habe, sei eine Beratung mit dem Finanzkomitee dringender denn jemals.

SPD. Paris, 14. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Aufräumarbeiten an den in Lyon eingestürzten Häusern werden eifrig fortgesetzt. Am Sonnabend wurden wieder drei Leichen geborgen. Die Gesamtzahl der geborgenen Toten erhöht sich damit auf 23. Man nimmt an, dass noch sieben Personen unter den Trümmern liegen.

SPD. Der Schriftsteller Dr. Klotz hat gegen das Urteil des Schnellschöfengerichts Berlin-Mitte ebenfalls Berufung eingelegt.

SPD. Paris, 14. Mai (Eig. Drahtb.)

Die nationalistische "Liberté" erklärt zu den Vorgängen in Deutschland, man verfolge im Quai d'Orsay mit grosser Aufmerksamkeit die schnelle Entwicklung der Ereignisse in Deutschland und man verheimliche nicht, dass der "Zustand der Revolution", in dem sich das Reich befinde, zu den ernstesten Besorgnissen Anlass gebe.

SPD. Köln, 14. Mai (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend um neun Uhr abends wurde in dem Prozess gegen die Kölner Nazi-Raufbolde das Urteil gesprochen. Dr. Ley erhielt drei Monate Gefängnis, der Mitangeklagte Fuchs fünf Monate Gefängnis.

In der Begründung des Urteils hob der Richter als strafverschärfend hervor, dass zunächst ein älterer Mann angegriffen worden sei und es sich bei den Angegriffenen um Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gehandelt habe. Strafmildernd sei die späte Zeit des Vorganges, die Einwirkung des starken Alkoholgenusses bei den Tätern und die Einwirkung der bis zum Zerreißen gespannten politischen Zeit.

Im Anschluss an die Verhandlung begaben sich Otto Wels, Polizeipräsident Bauknecht und Rechtsanwalt Wagner in das Volkshaus, wo die Kölner Partei eine grosse Kundgebung veranstaltete. Der grosse Volkshausaal war bis zum Brechen voll. Otto Wels wurden stürmische Ovationen bereitet.

+ + +

Nachstehende Ausführungen bitten wir nach dem ersten Absatz des an anderer Stelle des SPD wiedergegebenen Kölner Berichts einzufügen:

In dem Prozess gegen den Raufbold Ley und seine Kumpane begann die Zeugenvernehmung mit der Aussage des Regierungsvizepräsidenten Bier. Dieser gibt eine Darstellung der Vorgänge, die mit der Aussage von Wels und Bauknecht übereinstimmt. Wer geschlagen hat, hat Bier nicht beobachten können, weil ihm die Aussicht verstellt war.

Im weiteren Verlauf der Zeugenvernehmung kommt es zu einer äusserst wichtigen Aussage des Zeugen Eck, der Portier- und Hausburschendienst im Hotel Deis zu befragen hat. Eck betont, dass der Angeklagte Fuchs es gewesen ist, der gegen Wels die Schläge geführt hat. Eck bezeugt weiter, dass er durch Zufall ein Telefongespräch zum Teil mitangehört hat, das Dr. Ley in der Nacht mit einer anderen Stelle führte. In diesem Gespräch habe Dr. Ley gesagt, es sollten einige Leute mit den Motorrädern kommen, aber vor dem Lokal bleiben und wenn möglich, die Nummer des Motorrades fälschen.

Die Verteidigung sucht diesen Zeugen in die Enge zu treiben, doch bleibt er unter Eid fest bei seiner Aussage. Die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen und seine Zuverlässigkeit werden von dem Hotelbesitzer wie auch von dem Kellner Falk bestätigt.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Dienstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Frankfurter Goethe-Gespräch.

(Von unserm Sonderkorrespondenten.)

SPD. "Shakespeare und kein Ende!" hat Goethe einmal halb verzweifelt ausgerufen. Diese Äusserung der Abwehr richtet sich heute gegen Goethe selbst. Der Ausruf "Goethe und kein Ende!" drängt sich uns nachgerade in diesem Jubiläumsjahr unabweisbar auf. Es war deshalb die höchste Zeit, dass die überlebensgrosse Goethe-Figur, die uns seit der Weimarer Goethewoche fortdauernd so pompös vor Augen geführt wurde, endlich in Frankfurt a.M., der Geburtsstadt des Dichters, wieder eingehüllt und in den Museumsschrank zurückgebracht wurde. Denn - so paradox es auch klingen mag - auf etwas andres lief im Grunde das Frankfurter "Gespräch über Goethe" nicht hinaus, das der Ständige Ausschuss für Literatur und Kunst des Völkerbundes in den letzten drei Tagen vor Pfingsten veranstaltete.

Wenn der Oberbürgermeister Dr. Landmann in seiner Eröffnungsansprache darauf hinwies, dass die Geburtsstätte Goethes der rechte Tagungsort für diese Veranstaltung sei, so hat er sicherlich nicht Unrecht. Die Bevölkerung Frankfurts zeigt sich Goethe gegenüber ganz teilnahmslos. Sie hatte kaum überhaupt Kenntnis von der genannten Tagung und war dort auch nicht vertreten. Für Frankfurt ist Goethe nichts weiter als ein Anziehungspunkt des Fremdenverkehrs, kein geistiger Besitz. Nicht einmal die Zuhörer der Tagung brachten für die geistreichen Referate und Diskussionen ohne hohes Niveau, ohne Beziehungen zur Gegenwart ein nennenswertes Interesse auf. Sie wurden eigentlich nur einmal wirklich warm, als nach der zündenden Ansprache eines Franzosen die Absendung eines Beileidstelegramms zum Tode von Albert Thomas beschlossen wurde.

Selbst Thomas Mann, von dem man immerhin eine anregende und tiefgreifende Würdigung des Europäers Goethe hätte erwarten können, ist - ihm selbst wohl unbewusst - goethemüde geworden. Sein Referat über "Goethe und das Amt des Schriftstellers" kam über einige Plattheiten und Gemeinplätze kaum hinaus. Dass Goethe (zumal im "Faust" und vor allem im "Wilhelm Meister") ein aus eigener Problematik und Disharmonie geborener erzieherischer Mensch ist, dass Rousseau einen starken Einfluss auf ihn ausgeübt hat, dass Goethe eine starke Neigung zur Sentenz hat, die nur die endgültige Formung eines bereits bekannten Inhalts darstellt, und dass die Sentenz bei Goethe nicht reine Abstraktion, sondern von dichterischer Sinnlichkeit erfüllt ist, dürften keine gerade neuartigen Feststellungen sein. Zwei weitere Referate vollends ergingen sich in spitzfindiger philologischer Kleinkrämerei, so etwa, wenn Helene Vacaresco bei ihrem Hinweis auf Beziehungen zwischen Goethe und französischen Autoren die reine Vermutung aussprach, dass Goethe, der als Knabe - wie er in "Dichtung und Wahrheit" erzählt - den Nero in Racine's "Britannicus" verkörpert hat, vielleicht auch durch Racine's "Iphigénie" zu seinem eigenen gleichnamigen Drama angeregt worden sei.

Weit überragend, eine gedanklich wie sprachliche Meisterleistung war der verlesene Vortrag "Wie ich Goethe sehe" des durch seine Teilnahme an der Beisetzung des Präsidenten Doumer am persönlichen Erscheinen verhinderten französischen Schriftstellers Paul Valéry. Die Universalität und der unermüdete Schaffenstrieb Goethes, sein Aufgehen in Anschauung, die drei fruchtbaren Kontraste seiner Natur - wie der Gegensatz zwischen dem "Wissenden" und dem "Mystiker" -, schliesslich die gleichzeitige Gegensätzlichkeit und Harmonie zwischen Goethe und Napoleon sind in diesen Ausführungen mit bewundernswerter Klarheit und Vollständigkeit, also offenbar aus innerer, begrifflich nicht erklärbarer Verwandtschaft, charakterisiert.

Die anschliessende Auseinandersetzung über Goethes Stellung zur Kunst fuhr sich zuletzt in einem Meinungsstreit über Goethes eigene Bedeutung als bildender Künstler fest. Josef Strzygowski verfocht mit leidenschaftlichem

Eifer unter Hinweis auf die uns überlieferten zweitausend Handzeichnungen Goethes, von denen er zwei charakteristische eingehend analysierte, die These dass Goethe auch als Zeichner eine überragende, ja, bahnbrechende Bedeutung habe und als Vorläufer des Impressionismus anzusehen sei. Diese befremdliche Ueberschätzung wurde von verschiedenen Diskussionsrednern mit guten Gründen bestritten. Man konnte sich schliesslich nicht einigen, ob Goethe ein ausgesprochen "nordischer" oder ein nicht nordischer Mensch gewesen sei. Wir können wohl dem Urteil des Rumänen Oprescu zustimmen: "Alles, was man über Goethe sagen kann, ist wahr"; d.h. seine Vielseitigkeit (und deshalb auch Deutungsfähigkeit) ist unerschöpflich. -

Am Freitag Vormittag kam auch die feierliche Repräsentation durch einen Festakt im Opernhause zu ihrem Rechte. Umrahmt von Musikvorträgen und von gebührend lokalpatriotischen Ansprachen der Frankfurter Dichter Rudolf G. Binding und Alfons Paquet erwiesen Präsident Destrée und Vertreter von Frankreich, Norwegen, Südamerika, England, Italien und Tschechoslowakei der internationalen und völkerverbindenden Geltung Goethes in nicht viel mehr als wohlgesetzten Reden ihre Huldigung.

Wichtiger und wertvoller als alle diese Goethe-Beweihrauchungen im kleinsten repräsentativen Kreise sind einige in diesen Tagen eröffnete reizvolle Sonderausstellungen, vor allem das erst zu Pfingsten eröffnete, kulturgeschichtlich wie räumlich gleichermassen erfreuliche erweiterte Goethe-Museum neben dem immer wieder betrachtenswerten Geburtshause des Dichters.

Bz.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: In der Zeit vom 26. April bis 13. Mai 1932 sind weitere 649 Kleinsiedlerstellen und 2 296 Kleingartenstellen bewilligt worden. Hiermit ist die Gesamtzahl der bewilligten Kleinsiedlerstellen auf rund 16 000 und die der Kleingartenstellen auf rund 51 000 gestiegen.

SPD. Frankfurt/M., 14. Mai (Eig. Drahtb)

Im Gegensatz zu dem Beschluss der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, die die Absetzung der Komödie von Unruh "Zéro" forderte, hat der Frankfurter Magistrat angeordnet, dass das Stück nicht abgesetzt wird.

Aus aller Welt

75 Polarvorstösse!

Forscher von 14 Nationen ziehen in die Wetterküche Europas.

SPD. Die "Eis-Saison" 1932/33 wird in der Geschichte der Geographie und der Forschung überhaupt als zweites internationales Polarjahr einen bedeutenden Rang einnehmen. Der Aufgabenkreis des Unternehmens ist klar umgrenzt, aber die Grenzen selbst sind doch recht weit gesteckt: man beabsichtigt in grossem Masstabe meteorologische, aerologische und magnetische Beobachtungen. Die Arktis ist die eigentliche Wetterküche Europas. Die genaue Kenntnis der arktischen Witterungsverhältnisse ist von grösstem Nutzen für die noch recht ausbaufähigen täglichen und periodischen Wettervoraussagen, auf die der Seemann ebenso wie der Pilot, der Land- ebenso wie der Gastwirt angewiesen ist.

Das erste Polarjahr.

Das erste internationale Polarjahr fand vom 4. August 1882 bis 1. September 1883 statt. Elf Staaten liessen damals dreizehn Beobachtungsstationen in der Nordpolregion und zwei Stationen an der Südgrenze der bewohnten Erde errichten. In die eigentliche Südpolarregion wagte man sich aber erst zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts; eine deutsche Expedition auf dem Schiff "Gauss" stand unter Leitung von Erich von Drygalski, eine englische unter Oberst Scott, eine schwedische unter Otto Nordenskiöld. Es wurde eine Menge wichtiges Beobachtungsmaterial gesammelt, aber doch nicht in wünschenswerter Weise bearbeitet. Für eine internationale Gemeinschaftsarbeit war die Zeit damals aber noch nicht reif.

Jetzt, nach drei Jahrzehnten, ist die Situation wesentlich anders. Die Welt der Wissenschaft kennt heute längst nicht so viel Spannungen und Hemmungen wie die Welt der Wirtschaft oder der reinen Politik. Die Hilfsmittel der Forschung sind in nie geahnter Weise vervollkommen worden. Die Funkentelegraphie macht eine dauernde Nachrichtenübermittlung möglich; die alten Instrumente sind verbessert, neue erfunden. Freilich wuchs mit der grösseren Forschungsmöglichkeit entsprechend auch die Forschungspflicht: die Notwendigkeit der sozialen Planung der Welt verlangt auch gebieterisch den Fortschritt der Wissenschaft, die Unterwerfung der Erde. Ein Rad greift ins andere, das soziale ins wissenschaftliche...

Leninrad und Innsbruck.

Der Vorschlag, dem ersten internationalen Polarjahr nun ein zweites folgen zu lassen, stammt von dem Präsidenten der Deutschen Seewarte in Hamburg, Vizeadmiral a.D. Dominik. Der genaue Plan der Aktion wurde von den Teilnehmern der grossen internationalen Kongresse in Leningrad (1929) und Innsbruck (1931) nach dem auf der Kopenhagener "Meteorologischen Direktorenkonferenz" gefasster Beschluss ausgearbeitet. In diesem Beschluss heisst es: "Magnetische Luft- und Wetterbeobachtungen, gleichzeitig an einer Anzahl von arktischen und antarktischen Stationen würden unsere Kenntnis der meteorologischen und magnetischen Erscheinungen nicht nur in der Polarregion, sondern in der ganzen Welt fördern und von praktischer Bedeutung für die Lösung der Fragen der See- und Luftschifffahrt, der Radiotelegraphie und der Wettervorhersage sein. Diese Beobachtungen sollten ein ganzes Jahr lang in internationaler Zusammenarbeit fortgesetzt werden". Die Vorarbeiten sind nun beendet. Vom August dieses Jahres an wird ein dichtes Netz wissenschaftlicher Beobachtungsstationen die ganze nördliche Halbkugel überziehen. Etwa 14 Staaten sind finanziell und wissenschaftlich an der internationalen Forschungsaufgabe beteiligt. Deutschland

wird allerdings infolge seiner wirtschaftlichen Notlage nur indirekt, nicht aber durch Entsendung einer eigenen Expedition (jeder Staat hat sein eigenes Forschungsgebiet) Anteil nehmen können. Die Gesamtzahl der neuen Beobachtungsstationen, die jeweils eine in sich geschlossene Expedition bilden, dürfte sich auf ungefähr 75 belaufen. Etwa ein Drittel dieser Stationen wird von Gelehrten der Sowjetunion, die schon zufolge ihrer geographischen Lage unmittelbar an der Expedition interessiert ist, betreut werden.

Mit Flugzeug und Propellerschlitten.

Alle Arbeitsgruppen werden sich die modernsten technischen Errungenschaften zunutze machen: mit Flugzeug und Eisbrechern, mit Traktor und Propellerschlitten will man dem Pol und seinen Tücken zu Leibe gehen. Unter den Teilnehmern ist neben den durch die Arktisfahrt des Luftschiff Graf Zeppelin bekannten "Eis-Gelehrten" auch der italienische General Uberto Nobile, der bereits seit langem in Sowjetrußland als Luftschiffkonstrukteur arbeitet. Freilich sind die Forscher heute nicht mehr so vollständig von der Aussenwelt abgeschnitten wie früher. Mit ihren Radioapparaten können sie sich Musik und Nachrichten aus aller Welt ins "Reich des ewigen Schweigens" holen. Vom Leningrader Sender aus können die Angehörigen der russischen Forscher ihren Vätern und Brüdern alle vierzehn Tage sogar höchst eigenmündig etwas zusprechen. Die Forscher selbst müssen sich freilich bei der Uebermittlung ihrer Antworten aus technischen Gründen der Telegraphie bedienen.

Aber man wird weder für die privaten noch für die allgemeinen öffentlichen Dinge sehr viel Zeit haben. So langweilig die Arktis aussehen mag, so viel gibt sie doch ihren Erforschern zu tun; man will zum Beispiel wieder neben den üblichen Drachen, Pilotballons und Registrierballons auch die vom Zeppelin her bewährten modernsten Messinstrumente in Gebrauch nehmen, die an kleinen Ballons viele Tausende von Metern emporsteigen und in bestimmten Intervallen auf dem Radiowege die jeweiligen Temperatur-, Luftdruck- und Feuchtigkeitmeldungen übermitteln. Ueber noch grössere Höhen geben die Beobachtungen der Polarlichter Aufschluss.

Die speziellen Polararbeiten für den ihre Ergänzung durch die Arbeiten in den bestehenden Beobachtungsnetzen auch in den gemässigten Breitengraden und in der Tropenzone, auf dem Lande, auf den Meeren und in allen Höhen, selbst zu vorher genau vereinbarten Zeiten, in der Stratosphäre. Es handelt sich darum, einen Ueberblick zu gewinnen über die Verteilung der einzelnen meteorologischen Elemente, über das magnetische und elektrische Feld der Erde und der Atmosphäre, die Ausbreitung der Radiowellen, die Verteilung der Polarlichter und über andere geophysikalische Erscheinungen. Die Folgerungen, die man aus den getroffenen Feststellungen ziehen wird, werden sicher von allgemeinem, internationalem Nutzen sein.

+ + +

Hauptmann die Jugend. In Berlin wurde im neuen Terrassengarten des Messegeländes die Sommerschau 1932 "Sonne, Luft und Haus für Alle" mit einem Festakt eröffnet. Tänzerische und sportliche Vorführungen von 2 500 Kindern und Jugendlichen und Musik des Orchesters der Städtischen Oper umrandeten die Eröffnungsansprachen, die Sinn und Inhalt der umfassenden Volksausstellung zu charakterisieren versuchten. Bürgermeister Lange, der die Erschienenen, unter ihnen Reichstagspräsident Löbe und Vertreter der ausländischen Diplomatie begrüßte, betonte:

Es gilt zu zeigen, dass der Mensch in einer Zeit unbarmherziger Einschränkungen und zwangsläufigem Verzichts doch noch Möglichkeiten findet, sich das Leben in einem gewissen Umfang freudvoll und lebenswert zu gestalten. Auch der stürmisch begrüßte Gerhart Hauptmann, gab in einer vor allem an die Jugend gerichteten Ansprache dieser Meinung Ausdruck: "Wir können nicht warten, bis sich der unendliche Kampf, das allgemeine Ringen um die sozialen Fragen, sozialen Ziele, entschieden hat, bevor wir daran gehen, Gutes zu verwirklichen."

Wir sind Menschen, freilich, und tragen das nicht immer so leichte Menschenlaster, aber wir sollen umso mehr von denjenigen Freudequellen Gebrauch machen, die schon heute bei einigem guten Willen allen gemeinsam sein können. Diese Ausstellung will sie aufzeigen. Diese Ausstellung will jedem sein Teil von diesem köstlichen Gesundbrunnen des Daseins zuweisen und zuleiten. Sie will das Bereich des unersättlichen Maschinenzeitalters mit seinem geisttötenden Menschenverbrauch einschränken, und ein Reservat sichern, in dem der Mensch seinen Geist befreien, seine Seele erheben und, in der alten Verbindung mit der Natur, sich selbst wiedergewinnen, sich seiner höheren Bestimmung bewusst werden kann. Die Technik wird endlich ihren wahren Auftrag ausführen, wenn sie dieser höchsten ihrer Aufgaben dient."

+ + +
"Los Angeles" ausrangiert. Wie das amerikanische Marineamt bekannt gibt, wird das Luftschiff "Los Angeles" am 30. Juli ausser Dienst gestellt, jedoch noch weiterhin instandgehalten werden. Als Motiv der Ausserdienststellung werden Ersparnisgründe angegeben.

+ + +
Auch Kraegers Bruder... Die Untersuchung der Betrügereien des schwedischen "Zündholzkönigs" Ivar Kreuger hat ergeben, dass allem Anschein nach auch Kraegers Bruder, Generalkonsul Thorsten Kreuger in Stockholm, einer der Mitschuldigen an dem Skandal ist. Zwischen Thorsten Kreuger und Ivar Kreuger sollen zahlreiche Transaktionen vor sich gegangen sein. Gerichtliche Aufklärung ist zu erwarten.

+ + +
Lindbergh=Nachspiel. Die amerikanische Polizei, überschüttet mit Vorwürfen aus allen Volkskreisen, betreibt jetzt wieder mit Feuereifer, aber vorerst noch ohne jeden Erfolg, die Suche nach den Mördern des Lindbergh=Kindes. Die Polizei vertritt die Ansicht, dass die Mörder in den Kreisen der Bande zu suchen sind, an die Lindbergh seinerzeit 50 000 Dollar Lösegeld gezahlt hat. Aber von den zahlreichen Gerüchten, die die mysteriöse Affäre entstehen liess, klingt eines, das eine Ermordung überhaupt ausschliesst, nicht ganz unwahrscheinlich: hiernach soll das Kind vor der Garage des Lindbergh=Hauses durch das ins Rollen geratene Auto Lindberghs überfahren worden sein; der Chauffeur soll dann nicht den Mut gehabt haben, den Eltern das Vorgefallene zu berichten; er habe deshalb den Leichnam des Kindes unter einem Laubhaufen versteckt.

+ + +
Lebensrettung durch Mord. Der wegen Mordes zum Tode verurteilte französische Rentner Hoyer, dessen Hinrichtung wegen der Ermordung des französischen Präsidenten Doumer aufgeschoben werden musste, ist zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt worden. Die Aufschiebung der Hinrichtung war erfolgt, weil die Möglichkeit bestand, dass Doumer noch im letzten Augenblick vom Begnadigungsrecht Gebrauch gemacht hätte. Lebrun, der neue Präsident, wollte sein Amt indes nicht damit beginnen, dass er einen Verurteilten dem Henker überantwortet.

+ + +
Ehrung Helen Kellers. Die bekannte taubstumme und blinde amerikanische Schriftstellerin Helen Keller wurde von der schottischen Universität Glasgöw durch Verleihung des Ehrendokortitels ausgezeichnet. Helen Keller weilt augenblicklich in England.

+ + +
Vom Jugendherbergswesen. Der "Reichsverband der Deutschen Jugendherberge" teilt mit, dass sich im Jahre 1931 die Zahl der Uebernachtungen auf 4 322 026 belief. Die Zahl der dem Reichsverband angeschlossenen Verbände stieg in diesem Jahre von 250 auf 271, die Zahl der angeschlossenen Vereine auf 16 488. Die Zahl der angeschlossenen Schulen ist von 12 030 auf 11 392 gesunken. Das Herbergswesen konnte im Hinblick auf die ungünstigen Zeitumstände nicht wesentlich erweitert werden.

Wirtschaft Technik Handel

Ehrlich & Co.

SPD. Das Reich hat sich infolge der skandalösen Vorfälle auf der letzten Generalversammlung des Ilsekonzerns genötigt gesehen, die Klage gegen das genannte Braunkohlenunternehmen anzustrengen. Es handelt sich, kurz zusammengefasst, um folgendes:

Das Reich hat durch die Viag (Vereinigte Industrieunternehmungen A.G.), in der das Reich seine Industriebetriebe zusammenfasst, einen erheblichen Teil des Aktienkapitals der Ilse, etwas mehr als ein Viertel, erworben. Die Viag verlangte deshalb zwei Sitze im Aufsichtsrat der Ilse. Das wurde durch die Ilseverwaltung verweigert und zwar mit der Begründung, man wolle den Staat nicht weiter in die Privatwirtschaft eindringen lassen. Hinterher hat sich etwas ganz anderes herausgestellt. Massgebend in der Ilseverwaltung ist der aus der Tschechoslowakei stammende Finanzmann Petschek. Durch die Ilse übt Petschek einen bestimmenden Einfluss auf das ostelbische Braunkohlensyndikat und seine Preisgestaltung aus. Das Syndikat - das ist kein Geheimnis - tanzt nach der Pfeife Petscheks. Handel und Verbrauch werden durch die Petscheksche Politik ungeheuerlich belastet. Durch eine unverantwortliche Preispolitik fliessen jährlich Dutzende von Millionen in die Taschen Petscheks. Immer mit Hilfe der Ilse und des ostelbischen Syndikats. Nun muss das Syndikat im nächsten Frühjahr erneuert werden. Dass Petschek natürlich ein Interesse daran hat, seinen Einfluss auf das Syndikat nicht schmälern zu lassen - das versteht Petschek unter Eindringen des Staates in die Privatwirtschaft - versteht sich von selbst. Deshalb werden alle Mittel angewandt, um die Viag nicht in den Aufsichtsrat des Ilsekonzerns reinzulassen. Das geschieht z.B. durch missbräuchliche Verwendung von sogenannten Schutzaktien (d.h. Aktien zum Schutz des Petschekschen Einflusses) im Betrag von mehreren Millionen, auf die die lächerlich geringe Summe von einigen tausend Mark eingezahlt ist.

Ueber die ganze Angelegenheit wird nun das Gericht zu befinden haben. Dabei wird ein Vertrag eine grosse Rolle spielen, der Petschek seine Vormachtstellung in der Ilseverwaltung und im Braunkohlensyndikat sichert. Die Klageschrift der Viag bezeichnet diesen Vertrag als sittenwidrig. Wenn das zutrifft, was man darüber hört, wie dieser Vertrag zustande gekommen ist, dann handelt es sich um eine der grössten Skandalaffären, die wir überhaupt in der deutschen Industrie erlebt haben. Man erzählt sich von den Methoden Petscheks allerhand. Man hat sich bei Petschek im Laufe der Jahre an ziemlich starken Tabak gewöhnen müssen. Der Ilsevertrag Petscheks dürfte aber allem die Krone aufsetzen. Die Sklarekaffäre war sicherlich grosser Stunk. Aber, so sagt man sich angesichts des Ilsevertrages, was für kleine Leute sind die Sklareks gegen Petschek.

Kurz und gut, dieser Ilsevertrag Petscheks soll nur dadurch zustande gekommen sein, dass Petschek von massgebenden Leuten in der ostelbischen Kohle etwas wusste, was diesen, wenn es bekannt würde, nicht gleichgültig sein könnte. Es handelt sich da um Vorfälle, für die der Ausdruck Unregelmässigkeiten schonend ist. Die Dinge dürften ungefähr so liegen:

Eines guten Tages gründeten massgebende Leute von der Ilse, die zugleich

im Braunkohlensyndikat sassen und dort Einfluss hatten, eine Holzfirma mit dem Vertrauen erweckenden Namen Ehrlich & Co.. Das war eine Privatgesellschaft, eine Privatangelegenheit der massgebenden Leute beim Ilsekonzern und beim Braunkohlensyndikat, die wohl in der Art funktionieren sollte, dass die Beteiligten sich gewissermassen selbst mit Holz belieferten. Als Privatpersonen verkauften sie gewissermassen Holz an sich selber, an sich in ihrer Eigenschaft als Generaldirektoren der Ilse usw.. Verkäufer war also eine Privatperson, Käufer eine Amtsperson. Aber immer wieder dieselben Personen. Nur, dass der Gewinn bei der Privatperson hängen bleiben sollte. Das Geschäft entwickelte sich aber anders. Es entstanden Millionenverluste. Wie das überhaupt möglich war, ist sicherlich interessant aufzuklären. Nun entstand der Plan, die Verluste auf eine Syndikatsgesellschaft abzuwälzen, also: die Gewinne für sich, die Verluste für das Syndikat, für die Allgemeinheit. Dieselben Geschichten, wie wir sie ähnlich bei der Favag und bei der Katzenellenbogenaffäre erlebten. Von diesen Dingen soll Petschek Kenntnis erhalten haben. Es wäre seine Pflicht gewesen, hier Ordnung zu schaffen. Die Oeffentlichkeit hätte ihm dafür Aherkennung gezollt. Petschek aber soll sich mit diesem Wissen seinen Ilsevertrag geholt haben. Dieser Vertrag hat ihm zwar nicht die Anerkennung der Oeffentlichkeit, aber Millionen und aber Millionen eingebracht. Verhalten sich die Dinge so, dann ist es selbstverständlich, dass der Ilsevertrag sittenwidrig ist. Noch mehr. Die Oeffentlichkeit wird nicht auf eine entsprechende Untersuchung verzichten können. Die ganze Angelegenheit schreit nach dem Untersuchungsausschuss und dem Richter.

Das Tollste ist, dass die Interessen Petscheks in diesem Kampf durch den Generaldirektor der Commerz- und Privatbank, Friedrich Reinhart, vertreten werden. Reinhart gehört zu den sogenannten treudeutschen Männern. Er steht den Nationalsozialisten nicht fern, kann es aber gegenüber seiner "deutschen" Gesinnung vereinbaren, die Interessen des tschechischen Kohlenmagnaten Petschek gegen die Regierung seines Landes zu vertreten. Es ist ja bekannt, dass die einzelnen zum Petschekkonzern gehörenden Verwaltungen gegenüber rechtsradikalen Organisationen stets eine offene Hand haben und die Rechtsradikalen einschliesslich der Hakenkreuzler haben das Geld des tschechischen Juden Petschek stets gern genommen. Derweilen Geld nicht stinkt.

SPD. In Holland ist der Bankier Martin Sternberg bei einem Autounfall ums Leben gekommen. Dieser Mann gehörte zu den Inflationskönigen und seine Karriere erinnert in vielem an die Lebensgeschichte Jacob Michaels. Jedoch ist Sternberg niemals so in den Vordergrund getreten, wie Michael oder andere Inflationsgewinner. Er liebte mehr das geschäftliche Halbdunkel. Unserer Zeit dürfte der Name Sternberg erst durch die Affäre bei den Lingnerwerken in Dresden bekannter geworden sein. Den Kriegsteilnehmern weit bekannter ist der Sternbergsche Kriegstabak für "Heer und Marine", an dem Martin Sternberg seine ersten Millionen verdiente. Sternberg wurde im Oldenburgischen geboren und versuchte sich als junger Mann in der Textilwirtschaft des nördlichen Westfalens. Mit unterschiedlichem Erfolg. Erst der Krieg gab dem Sternbergschen Geschäft Auftrieb. Mit den ersten Kriegsgewinnen wechselte Sternberg nach Holland rüber und wurde Grosslieferant in Tabaken für das deutsche Heer und die deutsche Marine. Was damals aus den Sternbergschen Lieferungen in die Schützengräben ging, wird manchem Kriegsteilnehmer schauernd noch heute die Zunge brennen. Der Lieferant verdiente aber an "Heer und Marine".

Nach dem Krieg war Sternberg schon ein grosser Mann. Dann kam die Inflation mit ihren phantastischen Möglichkeiten, Millionen zu scheffeln. Sternberg verdiente nicht nur an der deutschen Inflation, sondern vor allem an der französischen. Er machte den Schwindel in Wien mit, die Liraentwertung

in Italien, kurz und gut, überall wo es Inflation gab, wusste dieser Abenteuerer zu verdienen.

Ähnlich wie Michael versuchte Sternberg seine Gewinne beständig anzulegen. Er gehörte zu denjenigen Leuten, die während der Inflation und in der Depressionszeit nach der Inflation billig aufzukaufen verstanden. Unternehmer wie Flender Brückenbau kamen an Sternberg. Für seine grossen Terraininteressen wurde eine besondere Bank, die Haubank A.G. in Düsseldorf, angespannt. Gross war Sternberg in der Vergnügungsindustrie. Sein Einfluss erstreckte sich auf Unternehmungen wie Grossfrankfurt, das Metropoltheater in Berlin, das Berliner Palais de Danse usw.. Dazu kamen Hotels; u.a. wurde das bekannte Kölner Unternehmen Disch in den Sternbergschen Interessenskreis einbezogen.

Der Rückschlag erfolgte fast zu derselben Zeit, wo Jacob Michael den Druck der Krise zu spüren bekam. In der Affäre des Idunakonzerns, mit dessen Geld Sternberg Pürohäuser errichtete, spielte er schon eine sehr merkwürdige Rolle. Als es bei den Lingnerwerken in Dresden, die u.a. das bekannte Odol fabrizieren, zum Klappen kam, wurde bekannt, dass Sternberg eine Anleihe, die von der Sächsischen Staatsbank den Lingnerwerken zugedacht worden war, für seine Terraininteressen in Westdeutschland verwandt hatte.

Das war eigentlich schon der Schluss dieser phantastischen Karriere. Jetzt hat ein Autounfall in Holland den letzten Punkt hinter allem gemacht.

SPD. Der Reichsbankpräsident Dr. Luther hat eine Art Denkschrift über Arbeitsbeschaffung ausgearbeitet, die, einer ihrer Fehler, der Öffentlichkeit bisher leider nur auf Umwegen und stückenweise mitgeteilt worden ist. So viel man bis jetzt erfahren hat, bewegen sich die Vorschläge Luthers dahin, durch gewisse "hilfswirtschaftliche Massnahmen die Arbeitskraft von Arbeitslosen nutzbar und vorübergehend und behelfsmässig neben der freien Marktwirtschaft eine geldlose Wirtschaft entstehen zu lassen". Das Ganze soll sich im Rahmen der viel erörterten Arbeitsdienstpflicht vollziehen. Wir haben ja bereits früher darauf hingewiesen, dass im Kabinett die Idee spukt, einen Teil der Arbeitslosen im Rahmen der Arbeitsdienstpflicht gegen blosses Essen und Trinken zu beschäftigen. Die Ideen Luthers nähern sich diesem Standpunkt ganz beträchtlich. Im übrigen wird in der Denkschrift Luthers auf die Idee des Professors Lederer zurückgegriffen, stillgelegte Unternehmungen durch Arbeitslose wieder in Betrieb zu setzen und die so erzeugten Konsumartikel an Arbeitslose ohne Entgelt zu verteilen.

Luther nimmt den Gedanken der Gegenseitigkeitshilfe der Erwerbslosen, die er als Selbsthilfe der Erwerbslosen bezeichnet, auf. Das charakteristische Merkmal einer solchen Hilfswirtschaft sieht er in der Beschäftigung von Arbeitslosen für Arbeitslose. Soweit der Lederersche Vorschlag in Frage kommt, will Luther die Einstellung in Selbsthilfebetriebe gegen Weiterbezug der Arbeitslosenunterstützung, eventuell unter Gewährung gewisser Vergünstigungen zur Verminderung der Gesteuerungskosten bei den Selbsthilfebetrieben, z.B. durch Fortfall der Lohnkosten, der Fracht und der Steuern usw., wodurch sich nach Luthers Ansicht die Kosten schätzungsweise auf ein Drittel der Produktion vermindern lassen. Die Schätzung erscheint uns etwas niedrig gegriffen. Für die Lösung der Frage der übrigen Kosten will Luther im wesentlichen die Prämienanleihe heranziehen.

In den bisher bekannt gewordenen Auszügen der Lutherschen Denkschrift befindet sich leider keine Aeusserung über die dringend notwendige Schaffung von Reparaturwerkstätten und Lehr- und Fortbildungsbetrieben, insbesondere für die jugendlichen Erwerbslosen, die im erforderlichen grossen Umfang ohne weiteres auf dem Prinzip der Gegenseitigkeitshilfe aufgebaut werden könnten. Da-

gegen macht Luther den Vorschlag, die von der Reichsregierung aus Mitteln der Prämienanleihe zu finanzierenden geplanten zusätzlichen Arbeiten wie auch die Materialbeschaffung gleichfalls auf dieser Grundlage und zwar im freiwilligen Arbeitsdienst ausführen zu lassen. Luther betont zwar ausdrücklich, dass nur zusätzliche und gemeinnützige Arbeiten in dieser Erwerbslosenhilfsarbeit einbezogen werden sollen. Praktisch bezieht er bereits vorgesehene Arbeitsbeschaffungsaktionen und auch in ihrem endgültigen Charakter privatwirtschaftliche Unternehmungen in die geldlose Hilfswirtschaft ein. Wir halten es für ganz selbstverständlich, dass einer derartig umfassenden Anwendung des freiwilligen Arbeitsdienstes fast auf sämtliche zusätzliche Arbeiten aufs schärfste widersprochen wird.

Trotz der bestehenden Bedenken wird man sich mit dem Arbeitsdienst für einige besonders geartete Fälle auseinandersetzen müssen. Wo z.B. im Rahmen der Stadtrandsiedlung in erster Linie arbeitslose Bauarbeiter Heime erhalten sollen, erscheint es ratsam, Arbeitskraft und Fachkenntnis der in Frage kommenden Bauarbeiter für die Verbilligung ihrer eigenen Häuser auszunutzen. Dagegen erscheint es uns als unmöglich, den gesamten Aufbau der landwirtschaftlichen Siedlungsstellen, Gebäuden, Inventar usw., im Arbeitsdienst herzustellen. Gewiss wird man auch hier die Mitarbeit derjenigen ansetzen können, die man ansiedeln will. Hier müssen aber die Grenzen so gezogen werden, dass sich die Arbeitsbeschaffung auch auf die reguläre Bauwirtschaft, die Baustoffindustrie, die Eisen- und Maschinenindustrie usw. ankurbelnd auswirken kann. Geht es nach den Lutherschen Plänen, dann wird die von der Arbeitsbeschaffung erhoffte Mehrarbeit nicht zu regulären Arbeitsbedingungen vergeben, sondern unterbezahlter Arbeitsdienst in Anspruch genommen. Eine Wirtschaftsankurbelung ist so nicht zu erwarten.

Nun sind auf der Grundlage der Gegenseitigkeitshilfe und unter Anwendung des freiwilligen Arbeitsdienstes viele Hilfseinrichtungen für die Erwerbslosen geschaffen worden, so Arbeitslosenküchen, Arbeitsstätten für Jugendliche usw. Es haben sich auch bereits Gruppen in der modernen Arbeiterbewegung als Arbeitsfreiwillige für wirklich zusätzliche und gemeinnützige Arbeiten, die aus finanzieller Not der öffentlichen Körperschaften sonst nicht zur Ausführung gelangen könnten, zur Verfügung gestellt. Unter Voraussetzung ausreichender arbeitsrechtlicher Sicherung können wir uns sehr gut vorstellen, dass die Gruppenarbeit von Arbeitsfreiwilligen für wirklich zusätzliche und produktive Arbeit, die auf normalem Wege zurzeit nicht finanzierbar ist und ohne solche Massnahmen zum Schaden der Gesamtwirtschaft unterbleiben müsste, ausgedehnt und gefördert wird. Man wird möglicherweise auch noch die Sachausrüstung der Arbeitsfreiwilligen in angegliederten Betrieben vornehmen und verbilligen können. Man muss freilich darauf zu achten haben, dass nur wirklich dringliche und im engeren Sinne produktive Arbeit, die gegenwärtig nur aus Finanznot unterbleibt, in Angriff genommen wird. Bei dieser Beschränkung wird es auch den öffentlichen Körperschaften möglich sein, den Arbeitsfreiwilligen für das grosse Opfer der Minderbezahlung für die Zukunft einen Ausgleich zu bieten.

Nur unter dieser Grenzziehung und unter diesen grundsätzlichen Gesichtspunkten kann man die von Luther angenommenen Gedankengänge der Gegenseitigkeitshilfe der Erwerbslosen weiterverfolgen. Man kann aber nur davor warnen, zu glauben, dass man mit solchen Massnahmen, deren psychologische Auswirkungen wir weit weniger hoch einschätzen als das z.B. der Reichsbankpräsident Dr. Luther tut, über die kapitalistische Wirtschaftskrise hinwegkommt.

SPD. Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten teilt mit, dass sich während des Monats April, wie im Vormonat, das Inlandsgeschäft gebessert habe; dagegen büsste das Auslandsgeschäft einen Teil seines in den vorigen Monaten festzustellenden Auftriebs wieder ein.

Der Beschäftigungsgrad erreichte nur das sehr niedrige Ausmass von 30 % der Sollbeschäftigung, obwohl infolge der im Monat März getätigten Auslandsabschlüsse und eines geringen Saisonauftriebs, insbesondere im Landmaschinenbau, an einzelnen Stellen Arbeitskräfte neu eingestellt oder die stark verkürzte Arbeitszeit verlängert werden konnten.

Ueber die handelspolitische Lage wird folgendes festgestellt: "Die gegenwärtige Regelung der deutschen Buttereinfuhr mit ihren nicht weniger als 5 verschiedenen Zollsätzen und mit einem Kontingent, das mechanisch in gleicher Höhe jedem meistbegünstigten Land gewährt wird, ganz gleich, wie gross oder klein seine Buttereinfuhr nach Deutschland war, verärgert Länder wie Holland und Dänemark, die zu den wichtigsten Kunden unserer Exportindustrie gehören. Dieser Zustand ist auch für die deutsche Landwirtschaft höchst unzweckmässig, da sie einer Umgehung der Kontingentsbestimmung Tür und Tor öffnet. Deshalb muss eine sofortige Neuregelung der Buttereinfuhr gefordert werden, die gleichzeitig den Interessen der deutschen Landwirtschaft und des deutschen industriellen Exports in vernünftiger Weise Rechnung trägt."

SPD. Der Reichsverband Deutscher Baugenossenschaften, der grösste Fachrevisionsverband, hält in der Zeit vom 20. bis 22. Mai 1932 seinen Verbandstag in Frankfurt a.d. Oder ab. Der Verbandsdirektor des Ruhrsiedlungsverbandes Dr. Rappaport, wird über die innerdeutsche Umsiedlung referieren. Der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, Dr. Kinne, spricht über die Städte und ihre Wohnungswirtschaft.

Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin: für A-Milch für die Zeit vom 13. bis 19. Mai 15,75 Pfg., für tiefgekühlte A-Milch 16,25 Pfg. für B-Milch 9 Pfg., für tiefgekühlte B-Milch 9,50 Pfg., für molkereimässig bearbeitete Milch 17,50 Pfg. Die A-Milchmenge ist auf 76 % des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstellen festgesetzt.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Station: Weisse Kartoffeln 1,30 - 1,40, Rote 1,50 - 1,70, andere Gelbfleischige (ausser Nieren) 2,30 - 2,40. Fabrikkartoffeln 7 - 8 Pfg. pro Stärkeprozent.



Versuchsballon.

Zumutungen an die Arbeitslosen und Invaliden.

SPD. Der "Politisch-gewerkschaftliche Zeitungsdienst", der den christlichen Gewerkschaften nahe steht, veröffentlicht eine Information über die Pläne der Regierung auf sozialpolitischem Gebiet. Das Kernstück dieser Information besteht in Mitteilungen über die angebliche Absicht der Regierung, durch scharfe Kürzung der Unterstützung den Arbeitslosenschutz und die Invalidenversicherung neu zu finanzieren. Von amtlicher Seite wird gegenüber diesen Mitteilungen erklärt, dass das Kabinett bislang eine endgültige Entscheidung nicht getroffen habe. Auch seien die Kombinationen des Berichts über Vorschläge des Reichsfinanzministeriums völlig falsch und irreführend. Dieser amtliche Beruhigungsversuch kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich bei den Angaben des "PGZ" zweifellos um einen aus der Regierung kommenden Versuchsballon handelt. Man will das Terrain abtasten. Aber eben deshalb ist es wohl angebracht, rasch und deutlich gegenüber geplanten Unmöglichkeiten scharf mit einem Nein zu antworten.

Unmöglichkeiten sind vor allem die nach dem "Politisch-gewerkschaftlichen Zeitungsdienst" bestehenden Pläne zur Kürzung der Arbeitslosenunterstützung. "In der Arbeitslosenversicherung", so schreibt der "PGZ", "soll die gewünschte Zusammenlegung von Krise und Wohlfahrt noch nicht durchgeführt werden. Dagegen enthalten die Vorschläge eine allgemeine durchschnittliche Kürzung der Arbeitslosenunterstützung, gleichgültig, ob sie an Hauptunterstützungsempfänger, Krisenunterstützungsempfänger oder Wohlfahrtsempfänger geleistet wird, von 20 v.H. Darüber hinaus soll die Bedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung eingeführt werden. Auch die bisherige Hilfe für den Steinkohlenbergbau durch Befreiung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer von den Beiträgen für die Arbeitslosenversicherung soll eingestellt werden, so dass vom Juni an der Bergbau wieder beitragspflichtig wird. In der Invalidenversicherung ist eine allgemeine Kürzung der Renten vorgesehen. Der Vorschlag geht jetzt über die schon früher bekannt gewordenen Sätze hinaus; denn es soll beabsichtigt sein, die Invalidenrenten um 7 Mark, die Witwenrenten um 5 und die Waisenrenten um 4 Mark zu kürzen."

Das alles ist schmutziges Wasser, in dem man die Sonne nicht mehr sieht. Allgemeine Kürzung der Arbeitslosenunterstützung um 20 Prozent - man fasst sich an den Kopf; denn jetzt bereits haben wir im gesamten Arbeitslosenschutz, in der Arbeitslosenversicherung, in der Krisenfürsorge wie in der Wohlfahrt nur noch einen Durchschnittsunterstützungssatz von 12,50 Mark. Davon soll ein Hauptunterstützungsempfänger mit Familie leben - wohlgemerkt mit Familie! Leute, die solche Unterstützungssätze noch um 20 Prozent kürzen wollen, haben in ihrem Leben nie erfahren, was Hunger ist. Sie haben nie ihr Brot mit Tränen gegessen. Dass die Bedürftigkeitsprüfung nichts anderes als eine falsche Rechnung darstellt, ist von den Gewerkschaften schon tausendmal nachgewiesen worden. Dass die Beseitigung der Beitragsbefreiung des Bergbaus zur Arbeitslosenversicherung praktisch nichts anderes bedeutet als eine neue Lohnsenkung für die Bergarbeiter, liegt auf der Hand. Eine Lohnsenkung für die Bergarbeiter! Geht es den armen Kohlengräbern noch nicht dreckig genug?

Zum Teufel, was soll denn das alles! Der Reichsarbeitsminister hat nicht einmal, sondern wiederholt öffentlich erklärt, dass er einen weiteren Unter-

stützungsabbau im Arbeitslosenschutz nicht mehr mitmache und wir glauben nicht, dass ein Mann wie Stegerwald zwischen sich und den christlichen Gewerkschaften ein Band, das das Leben geknüpft hat, zerreißen will; denn für die christlichen Gewerkschaften sind die von ganz herzlosen Rechnern ausgeheckten Abbaumassnahmen auf dem Gebiet des Arbeitslosenschutzes sicherlich so gut indiskutabel wie für die freien Gewerkschaften.

Und die Invalidenversicherung? Sie muss saniert werden. Das wissen wir schon lange, schon seit mehr als einem Jahr. Wiederholt wurde jedoch von den massgebenden Stellen versichert, dass die Invalidenversicherung im Wege der ordentlichen Gesetzgebung und nicht durch Rentenabhackeri per Notverordnung saniert werden solle. Ordentliche Sanierung im Wege der ordentlichen Gesetzgebung - eine Aufgabe für den Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags. - Er ist die berufene Körperschaft, um eine Frage, wie die Sanierung der Invalidenversicherung durchzuführen. In ihm haben alle Parteien die Möglichkeit, Mittel und Wege zu weisen, wie man sanieren kann, ohne dabei die Invalidenrenten zusammen zu hauen. Es gibt doch in Deutschland so viele Leute, die alles besser wissen, die dem Volk versprechen, alles besser zu machen als die Sozialdemokraten. Bitte - im Sozialpolitischen Ausschuss sollen die Herrschaften Farbe bekennen. Gewiss ist die Sanierung der IV. eine schwierige Sache, da die Einnahmen pro Monat nur rund 50 Millionen und die Ausgaben etwa 80 Millionen ausmachen. Gewiss war nach der Inflation, in der Zeit der Stabilisierung nicht nur der Lohn, sondern auch die Invalidenrente entsetzlich niedrig. Das alles ist aber noch kein Grund, um nun im Abbau sich keinerlei Zwang aufzulegen; denn die Invalidenrenten - wir haben das schon einmal hervorgehoben - sind heute für Tausende von Existenzen, ja ganze Familienexistenzen, der letzte Rettungsanker.

Die Regierung will, wie wir hören, zu den brennenden sozialpolitischen Fragen in der nächsten Woche auch die Gewerkschaften hören. Hoffentlich erfolgt die Aussprache, bevor die endgültige Entscheidung getroffen wird.

SPD. In Berlin trat am Pfingstsonnabend die 13. Generalversammlung des freigewerkschaftlichen Zentralverbandes der Schornsteinfegergesellen zusammen. Beschickt ist die Tagung von 66 Delegierten und zahlreichen in- und ausländischen Gästen.

Zu Pfingsten 1907, also vor genau 25 Jahren, haben in Berlin 37 Schornsteinfegergesellen, die aus fast allen Teilen des Reiches zusammenkamen, den "Zentralverein der Schornsteinfegergesellen Deutschlands", den heutigen Zentralverband, gegründet. Er ist eine kleine Berufsorganisation, aber festgefügt! Er ist der einzige Verband, der von den Folgen des politischen Richtungsstreites in der deutschen Arbeiterschaft, von Spaltungen oder Spaltungsversuchen verschont geblieben ist. Kein Wunder, wenn er auch in der Nachkriegszeit eine ständige Aufwärtsentwicklung aufzuweisen hat. Selbst im Jahre 1931, wo infolge der Krise in den meisten Gewerkschaften die Mitgliederzahlen zurückgingen, hat der Verband seinen Mitgliederbestand noch von 3 172 auf 3 307 gesteigert.

Eine beachtliche Tatsache! Denn auch im Schornsteinfegerberuf sind Arbeitslosigkeit und Lohnabbau wahrhaftig keine unbekanntenen Erscheinungen. In verschiedenen Bezirken gelang es den Hausbesitzern und vor allem dem Landbund, eine Verlängerung der Kehrfristen herbeizuführen, wodurch eine beträchtliche Zahl von Schornsteinfegergesellen beschäftigungslos wurde. Im Laufe des vergangenen Jahres stieg die Zahl der erwerbslosen Schornsteinfeger in Deutschland von 168 auf 251. Die Löhne wurden im vorigen Jahr fast in jeder Ortsgruppe abgebaut. Die Kürzung ging einschliesslich des Abbaus durch die Dezembernotverordnung im Durchschnitt bis zu 15 Prozent.

Der Lohnabbau hatte, da die Verbandsbeiträge nach dem Lohn gestaffelt

sind, zwangsläufig einen Rückgang der Beitragseinnahme zur Folge. Sie ist um etwa 4 000 Mark auf insgesamt 83 118 Mark gesunken. Von den 29 581 Mark Unterstützung, die der Verband im vorigen Jahr zahlte, entfielen etwa 27 500 Mark auf die Unterstützung kranker Verbandsmitglieder. Arbeitslosenunterstützung wird nicht gezahlt. Trotz erhöhter Ausgaben und geringerer Einnahmen konnte durch scharfe Kürzung bei den Verwaltungskosten eine Erhöhung des Kassenbestandes um 7 000 Mark auf 55 874 Mark erzielt werden.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen am Pfingstsonnabend die von den beiden Verbandsvorsitzenden Fahland und Vogt erstatteten Rechenschaftsberichte über die Tätigkeit der Organisationsleitung seit dem letzten Verbandstag, sowie die Berichte des Kassierers, des Redakteurs und anderer Vertreter von Verbandskörperschaften.

SPD. Der Erfolg der organisierten Glasarbeiter in ihrem jahrelangen Ringen um die Einführung des Vierschichtensystems in der mechanischen Tafelglasindustrie - die Einführung tritt aufgrund der zwischen den Tarifparteien getroffenen Vereinbarung am 1. August d. J. in Kraft - stellt einen bedeutsamen sozialpolitischen Fortschritt dar. Vierschichtensystem - das bedeutet die Einstellung Arbeitsloser, verkürzte Arbeitszeit von 56 auf 42 Stunden, eine Wohltat für Schwerarbeiter in gesundheitlicher und kultureller Hinsicht - sie hatten bisher nur alle drei Wochen einen freien Sonntag - und sozialpolitische Gleichstellung der deutschen Tafelglasarbeiter mit denen der Tschechoslowakei und Belgiens.

Die Einführung des Vierschichtensystems aufgrund einer Vereinbarung zwischen den Tarifparteien ist aber auch ein Beweis dafür, dass das Reichsarbeitsministerium bei etwas gutem Willen schon längst diesen kultur- und sozialpolitischen Fortschritt von sich aus hätte sichern können, ohne sich zu belasten. In der Tschechoslowakei ist das Vierschichtensystem für die mechanische Tafelglasindustrie schon zu Anfang dieses Jahres zwischen den Betriebsparteien vereinbart worden, und ebenso kennt Belgien diese Neuregelung der Arbeitszeit. Der mechanischen Tafelglasindustrie wird durch das Vierschichtensystem bestimmt kein Nachteil entstehen. Sie wird auch konkurrenzfähig bleiben; ja, es ist nicht ausgeschlossen, dass auch diese Arbeitszeitverkürzung zu neuen Leistungssteigerungen führte.

SPD. Für die Betonwaren- und Betonwerksteinindustrie wurde unter dem Vorsitz des vom Reichsarbeitsministerium ernannten Sonderschlichters Oberpräsident z. D. Philipp-Breslau ein Schiedsspruch gefällt, der den Reichsmanteltarifvertrag ab 1. Mai mit einer für das Jahr 1932 bestimmten Sonderregelung wieder in Kraft setzen will. Die Sonderregelung sieht vor: Eine Herabsetzung der (im § 3 des Mantelvertrags) festgelegten Zuschläge auf 60 Prozent, eine Kürzung der Entschädigungssätze um die Hälfte und eine Abänderung der Urlaubsbestimmungen, wonach für dieses Jahr 60 Prozent der im Reichstarifvertrag festgelegten Urlaubsregelung gewährt wird.

Diese Sonderregelung kann mit einer Frist von zwei Monaten erstmalig zum 31. Dezember 1932 gekündigt werden. Erfolgt keine Kündigung, dann gilt diese Regelung auch für das nächste Jahr. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 23. Mai.

Die Unternehmer werden aller Wahrscheinlichkeit nach den Schiedsspruch ablehnen. Sie sind noch nicht zufrieden gestellt. Geht es nach ihren Wünschen, dann bleibt von einer tarifvertraglichen Regelung der Arbeitsbedingungen bald überhaupt nichts mehr übrig. Grund genug für die Arbeiter der Betonwarenindustrie, sich im Keramischen Bund zur Verteidigung ihrer Existenz stärker zusammenzuschließen.